

Σωφού

I.

Konstantin Georgopoulos kehrte Anfang Juni in seinen Heimatort, einem kleinen Dorf auf dem Peloponnes, zurück. Fast zwei Monate hatte er auf der Insel Giaros - im Konzentrationslager - verbracht. Sein erster Gang galt der Post: er gab ein Telegramm an den Innenminister Brigadegeneral Pattakos ab. Den Inhalt konnte man wenige Tage später der Presse entnehmen: "Tief gerührt von der liebevollen Behandlung, die mir während meines Aufenthaltes auf der Insel Giaros zuteil geworden ist und von dem väterlichen Interesse der Nation für uns Verirrte, spreche ich Ihnen meinen herzlichen Dank aus. Ich bin bereit, mich an der Seite der nationalen Regierung bis zum letzten Blutstropfen für das geliebte Vaterland zu opfern." Konstantin Georgopoulos ist kein Ausnahmefall. Glaubt man den griechischen Zeitungen, so ist die Zahl derer, die es drängt, sich von ihrem bisherigen verbrecherischen Verhalten öffentlich zu distanzieren und dem wiedererstandenen Vaterland als pflichtbewusste und ordentliche Bürger zu dienen, kaum noch zu übersehen.

Doch legen nicht nur die Reumütigen Wert darauf, die Regierung ihrer Unterstützung zu versichern. Schulkinder danken der Armee für die Rettung des Vaterlandes, Berufsorganisationen feiern die Beseitigung eines Regimes, das die Ideale des Griechentums verraten habe, die astronautische Gesellschaft würdigt den "Sonnenaufgang Griechenlands", indem sie den Arbeitsminister zu ihren Ehrenmitglied ernennt.

Zweifel wären bei einer solchen Begeisterung fehl am Platze. Die Regierung selbst warnt davor, die nationale Freude durch unangebrachte Kritik zu trüben. Ausländische Beobachter, die es wagen, kritisch

über Griechenland zu berichten, werden deshalb - wie der Vertreter der Times oder der frühere österreichische Vizekanzler Pittermann - kurzerhand als Handlanger des internationalen Kommunismus disqualifiziert. Inländer kommen freilich nicht so glimpflich davon. Wer Nachrichten antinationalen Inhalts verbreitet, wird vor ein Sondergericht gestellt. Erst recht geht es nicht an, im Ausland Bedenken zu äussern. Schauspieler wie Melina Merkouri, Literaten wie Kostas Kotzias, Politiker wie Stratis Someritis bekamen sehr bald die Konsequenzen ihrer Erklärungen vor der ausländischen Presse zu spüren: sie wurden ausgebürgert. Ein inzwischen erlassenes Gesetz bekräftigt, dass jedem, der Nachrichten verbreitet, die dem Ansehen des Staates schaden, die Staatsbürgerschaft entzogen werden kann. Sein Vermögen wird ^{Konfisziert} eingezogen. Rechtsmittel sind ausgeschlossen. Professionellen Zweiflern war ohnehin sofort die Möglichkeit genommen worden, sich zu äussern. Hochschullehrer ^{müssen in ihrem Verhalten} dürfen sich nur noch in einer Weise verhalten, die ihr Verständnis für nationale Ideale und die herrschenden sozialen Zustände bezeugt ^{bekunden} ^{von} - auch dies gesetzlich verankert. Bei Schriftstellern und Komponisten ersparte man sich die umständliche Prozedur eines legislativen Aktes; ihre Werke wurden kurzerhand verboten.

Überhaupt, nationale Gesinnung ist in diesen Tagen Trumpf. Freilich steht es nicht im Belieben des einzelnen darüber zu befänden, ob er diese Voraussetzung auch wirklich erfüllt, vielmehr bedarf es einer amtlichen Bescheinigung. Selbstverständlich kann man ohne dieses Zertifikat ebensowenig einen Beruf ergreifen, wie seine Kinder studieren lassen. Auf Reisen muss man dann ohnehin verzichten, aber auch auf ein Telefon. Denn, wie der Sicherheitsminister erklärte, national unzuverlässige Personen benutzen ihre Telefone nur zu konspirativen Zwecken. Die Regierung versäumt überdies kaum eine Gelegenheit, subversive Elemente rechtzeitig aufzuspüren. Die Zensur funktioniert reibungslos. Ihre Stempel zieren die Briefe neben dem deutlich lesbaren Aufruf, Kommunismus und Korruption zu vernichten. Die Versamm-

lungsfreiheit ist aufgehoben, die Todesstrafe für politische Delikte wiedereingeführt, das Verbot der Folter beseitigt, das Streikrecht abgeschafft. Die Gewerkschaften sind ausgeschaltet, die Präsidenten der wichtigsten Anwaltskammern interniert, die Gerichte werden neu besetzt. Nicht ohne einen deutlichen Unterton der Befriedigung konnte deshalb die Regierung erklären, links und rechts seinman Griechenland unbekannte Begriffe, es gäbe nur noch gute und schlechte Griechen.

II.

All dies geschah seit jener Nacht zum 21. April, in der eine Handvoll Offiziere die Macht an sich riss. Für viele mag diese Entwicklung überraschend gekommen sein. Noch wenige Tage vor dem Putsch versicherten die Korrespondenten renommierter ausländischer Zeitungen, Gerüchte über einen Umsturz seien bestenfalls zweckdienliche Erfindungen im Rahmen eines ohnehin überhitzten Wahlkampfes. Für jeden aber, der Griechenland wirklich kannte, war der Staatsstreich die unvermeidliche Konsequenz einer Entwicklung, die mit dem Ende des Bürgerkrieges eingesetzt hat und spätestens seit dem 15. Juli 1965, dem Tag also an dem der König das Kabinett der Zentrumsunion entliess, deutlich zu erkennen war.

Drei Faktoren bestimmen seit über zwanzig Jahren Griechenlands politisches Bild: die nahezu ununterbrochene Herrschaft konservativer Parteien, die politischen Ambitionen des Hofes und die zunehmende Eigenständigkeit der Armee. Der Parteiname wechselte zwar verhältnismässig oft, doch wie sich Griechenlands regierende Partei auch immer nannte, ob Volkspartei, Griechische Sammlungsbewegung oder Nationalradikale Union, ihren Standort in der politischen Landschaft umschrieb sie mit "konservativ". Schon beim Gebrauch des Wortes sollte man freilich vorsichtig sein. Rückschlüsse auf namensgällige westeuropäische Parteien wären fehl am Platze. Was die heir angesprochene politische Gruppierung kennzeichnet, ist ein zumeist

extremer Nationalismus gepaart mit der radikalen Ablehnung sozialer und ökonomischer Reformen. Vokabular und Ziele ^{orientieren} gründen sich deshalb ^{an} auf eine ausschliesslich vergangenheitsbezogene Betrachtungsweise, die einerseits die ^{angebliche} zivilisatorische Überlegenheit Griechenlands bis zum Überdruß betont, um andererseits zwangsläufig ausländische Einflüsse als vaterlandsfremd und damit als suspekt zu disqualifizieren.

Der Bürgerkrieg lieferte den willkommenen Hintergrund, um die Herrschaft der Konservativen fest zu etablieren. Im Namen eines oft bis zur Hysterie gesteigerten Antikommunismus weigerte man sich, einen auf die Bürgerkriegssituation zugeschnittenen Herrschaftsapparat abzubauen. Verfassungsmässig garantierte Grundrechte blieben suspendiert, Ausnahmegesetze erlaubten jederzeit weitgehende Eingriffe in das politische Leben, die Miliz beherrschte die Provinz, staatlich geförderte paramilitärische Organisationen terrorisierten die politischen Gegner. Die Ermordung des Abgeordneten Lambrakis unter den Augen der Polizei zeigt ebenso wie der 1963 veröffentlichte Putschplan "Perikles", dass jedes Mittel recht war, um die bestehenden Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Demselben Zweck dienten äusserst geschickte Wahlmanipulationen. Kaum ein anderes Land kann von sich behaupten, das Wahlrecht mit so viel Phantasie und Liebe gepflegt zu haben, wie Griechenland. Sämtliche Kombinationen des Verhältnis- und Mehrheitswahlrechts wurden durchgespielt. Auch vor dem Experiment, das Wahlsystem von Wahlkreis zu Wahlkreis zu ändern, scheute man nicht zurück. Der Erfolg belohnte die Mühe. Zwar stimmten immer weniger Wähler für die konservative Partei, doch ihre parlamentarische Mehrheit blieb unangefochten.

Den Nutzen aus diesem politischen Klima zog nicht zuletzt das Königshaus. Einmal mehr machten sich die Konsequenzen des Bürgerkrieges geltend. Der Monarch war ^{zwischen 1946 und 1949} in seinem Verlauf zum nationalen Symbol

geworden. Nation und Monarchie galten seitdem als unverbrüchliche Einheit. Wer sich für das überkommene Geschichtsbild aussprach und die geltende gesellschaftliche Ordnung akzeptierte, hatte sich auch zur Monarchie zu bekennen. Dass sich ^{wirkte sich} der Einflussbereich des Königshauses unter diesen Umständen immer weiter ausdehnte, war nur konsequent. ^{3 4 2 5 7 1} Der Hof nahm allerdings zunächst nur solche Bereiche für sich in Anspruch, die politisch unverdächtig waren. Zwei Beispiele mögen genügen. ^{3 4 2 1} Der Krone gelang es, den entscheidenden Teil der Sozialfürsorge ^{an sich zu reißen} in ihren Händen zu vereinigen. ^{Die Handhabung gab} Den Ansatzpunkt bildete ein ursprünglich im Bürgerkrieg zugunsten der kämpfenden Armee eingerichteter und von der Königin verwalteter Fonds. Aus ihm entwickelte sich später eine allumfassende karitative Organisation. Eine regelmässige Abgabe der Steuerzahler ermöglichte dem König Sparkonten für Neugeborene zu eröffnen, Bauernmädchen die Aussteuer zu schenken, Dörfer aufzubauen, bei Naturkatastrophen zu helfen. Wohlgemerkt, der Staat trat dabei niemals in Erscheinung, stets war es der Monarch, der persönlich intervenierte und der dann auch für sich beanspruchte, Motor und Angelpunkt aller karitativen Tätigkeit zu sein. Dem Staat war es sogar versagt, die ^{Verteilung} Ausgabe der von ihm beigesteuerten Mittel zu kontrollieren. Parlament und Regierung hatten allenfalls die Chance, bei der Vergabe assistieren zu dürfen.

Zur ^{Kamf}der sozialen Fürsorge gesellte sich alsbald die Wissenschaftsförderung. Auch sie lag ausschliesslich in den Händen eines vom Hofe gesteuerten und der ~~stadtlähm~~ Kontrolle entzogenen Apparates. Eine zielbewusste Bildungspolitik wurde damit unmöglich. Nur der königliche Fonds ^{der konnte enthielt} besass in der Regel die Mittel, ^{zur Verfügung stellen} die vor allem eine konsequente Entwicklung der Naturwissenschaften ermöglicht hätten. ^{erforderlich o für} Dem Staat ^{Weg} entglitt ^{dem} damit die Herrschaft über einen weiteren entscheidenden sozialen Sektor.

Der unbestreitbare ^{gesellschaftliche} soziale Einfluss des Königshauses münzte sich in politische Ambitionen um. Der Hof verlangte, ^{erhöht nun den Anspruch} das politische Schick-

sal des Landes mitzubestimmen. Der König sollte sich nicht mehr auf den formalen Akt der Ernennung der ihm von der Mehrheitspartei vorgeschlagenen Minister beschränken, sondern über die Zusammensetzung der Regierung mitentscheiden. Die Regierung müsste auch von seinem Vertrauen getragen werden. Die Konsequenzen bekam als erster der konservative Ministerpräsident Karamanlis zu spüren. Dem Königshaus erschien er nach dem Tode des Marschalls Papagos als der treuest aller Anwärter auf den Posten des Ministerpräsidenten. Ihm zuliebe wurden deshalb die berechtigten Erwartungen anderer Kandidaten schlicht übergangen. Als er es aber einige Jahre später wagte, die Wünsche des Königshauses zu ignorieren, blieb ihm nichts anderes übrig als zu kapitulieren und sich ^{fürs erste} verbittert ins Ausland zurückzuziehen.

Die politischen Ambitionen der Monarchie wären freilich ^{vergeblich} chancenlos ^{erfolglos} geblieben, hätte sie nicht in der Armee einen ebenso mächtigen wie eigenwilligen Verbündeten gefunden. ^{In der} ^{bestand herrschte} Für die Armee war das Misstrauen ^{mit dem Bürgerkrieg in tiefenwurzeln} ^{Mißtrauen} gegen den Staat die selbstverständliche Konsequenz des Bürgerkrieges. ^{Die Ereignisse zwischen 1942 und 1949 haben nach Meinung der Militärs} Sein Verlauf hat in ihren Augen eindeutig bewiesen, dass die politische Führung nicht in der Lage ist, die Probleme des Landes zu meistern. Griechenlands Offiziere betrachten sich ^{selbst} deshalb als die Prätorianer der Nation. Militanter Nationalismus, systematisch gepflegter Hass gegen die 'Erzfeinde' der Nation - Slawen und Türken -, Opposition gegen Reformen jeder Art kennzeichnen ihre Haltung. ^{Eigentlich} Nur die Disziplin der Armee kann, so meinen sie, Griechenland davor retten, zum Spielball der Interessen korrupter Politiker und anti-nationaler Elemente zu werden. Je mehr sich das Leben des Landes normalisierte und die Erinnerungen an den Bürgerkrieg verblassten, ^{arkivisierte sich} desto penetranter wurde ^{das} Sendungsbewusstsein der Armee. Tag für Tag forderte sie über ihren Rundfunk die Griechen auf, wachsam zu sein. Sie verwarf offen ihr ^{liebsame} unangenehme politische Thesen und sorgte ^{Macht} dafür, dass die politischen Verhältnisse zumindest ausserhalb der grossen Städte unter ihrer Kontrolle blieben.

Wie tief ^{dießes Gefühl} das Bewusstsein einer Sonderstellung verwurzelt war, be-
weist der auf den ersten Blick völlig unverständliche Streit um die
Bezeichnung der Armee. Der Überlieferung entsprach es, im Zusammenhang
mit der Armee stets das Beiwort „national“ zu gebrauchen. Doch plötz-
lich stürzten sich die Offiziere an diesem Adjektiv. Die Armee sei,
so liessen sie verlautbaren, nicht national, sondern nur "königlich".
Keineswegs geht es dabei nur um einen terminologischen Streit: Was
die Militärs von sich weisen möchten, das ist der Eindruck, die Ar-
mee ^{die Armee sollte eben nicht all} sei ein Bestandteil des Staates ^{gelten} und damit diesem untergeordnet. ^{ihm} ^{sein}
Wenn überhaupt, so ^{ihm} akzeptieren ^{ungetrübten} Sie nur einen Vorgesetzten, den König.
Die Beziehung zu diesem ist freilich ungetrüb. Die Adjutanten des
Königs sorgen dafür, dass ihm die Wünsche der Offiziere jederzeit
bekannt sind, und er weiss sehr wohl, dass ihm ihre Unterstützung so-
lange sicher ist, wie er ^{die Wünsche} auch ihre Vorstellungen respektiert. Beiden
^{Armee und König erheben beide} ist aber (den Anspruch gemeinsam, die letzte und eigentliche Entschei-
dung über das politische Schicksal Griechenlands ^{zu} fällen zu wollen.
So ist es denn auch nicht verwunderlich, wenn die konspirative Tätig-
keit von Offizieren mit zweierlei Mass gemessen wird. Dass Armeemit-
glieder konspirieren, ist zunächst bedeutungslos - militärische Ver-
schwörungen gibt es in Griechenland, seitdem eine Armee existiert.
Entscheidend sind vielmehr die Ziele der Verschwörer. Weisen sie in
dieselbe Richtung wie die Bemühungen der Armee, so erfüllen ^{die Konspirationen} sie nur
eine nationale Pflicht. Der Dank des Vaterlandes ist ihnen, wie im
Falle von General Grivas oder der dem Geheimbund IDEA angehörenden
Offiziere, mehr als gewiss. Wendet sich hingegen die Konspiration,
wie im Falle ASPIDA, gegen die von der Armee bestimmte Marschroute,
dann liegt eindeutig Hochverrat und damit ein todeswürdiges Verbre-
chen vor.

^{Hof und Armee empfanden} Für derartige Bestrebungen kam der Wahlausgang des Jahres 1963 einer
Katastrophe gleich. 70 % der Wähler entschieden sich, trotz aller Mani-
pulationen, gegen die herrschende konservative Partei, die überwälti-

1, wie so
oft in der
politischen
Landes

gende Mehrheit sprach sich für die Zentrumsunion aus. Für Griechen-
land schien damit eine neue politische Ära anzubrechen. Doch einmal
arch hier trug¹ der oberflächliche Augenschein.
mehr gilt es, sich vor voreiligen Schlussfolgerungen zu hüten. Die
farblose Bezeichnung "Zentrumsunion" besagt wenig. Sie soll^{vielleicht} allen-
falls den geographischen Standort einer politischen Gruppe anzeigen,
die sich als Partei der Mitte ausgibt, sich also von den Konservati-
ven ebenso abzuheben sucht wie von sozialistischen oder gar kommunisti-
schen Bestrebungen.

Betrachtet man indes die Zentrumsunion genau^{diese Gruppierung}, so fügt sie sich
nahtlos^{nahlos} in das traditionelle politische Bild Griechenlands ein. Die
Zentrumsunion ist zunächst nichts anderes als eine Sammlung altge-
dienter Politiker, die^{Veteranen, die es} gewohnt sind, das politische Etikett je nach
Bedarf zu wechseln. ^{Selbst} Der Parteiführer selbst - Georg Papandreu - ist
ein Musterbeispiel^{hat exemplarisch vorgeführt} dafür, wie man seine politische Existenz dadurch
retten kann, dass man^{indem} seinen Standort rechtzeitig verändert. ^{schon} Als Rah-
men der Zentrumsunion^{von der Plattform der aus} bekämpfte er die Konservativen mit derselben
Vehemenz, mit der er sich früher für sie^{in die Krise geworfen} eingesetzt hatte. Damals
hatten sie ihn freilich in letzter Minute durch einen aussichtsrei-
chen Listenplatz vor dem politischen Untergang bewahrt. Seine anti-
kommunistischen Tiraden^{von damals} lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen
übrig. Nicht minder klar hatte er sich freilich als erster griechi-
scher Ministerpräsident nach dem zweiten Weltkrieg zur Volksfront be-
kannt. Seine einzig unbestrittene Eigenschaft^{Qualität}, ein mitreissender
Redner^{talent} zu sein, hat er für nahezu alle politische Ziele eingesetzt.
Es gibt kaum ein politisches Programm oder gar eine politische Kon-
stellation, die ihm fremd wäre.

Das Bild der Partei selbst stimmt nicht weniger skeptisch. Man wird
vergeblich nach einem detaillierten und differenzierten Parteiprogramm
suchen. ^{Noch gibt es keine} Ebenso wenig ist eine nach demokratischen Prinzipien aufgebau-
te Parteiorganisation vorhanden. Was dem Betrachter vielmehr begegnet,
ist zumindest befremdlich. ^{so verwundert es kaum, wenn die Zentrumsunion} So wettert etwa die der Zentrumsunion
^{unter Gleichung}

nahestehende Presse gegen die autoritäre Haltung der Konservativen, ^(weiter)
brandmarkt ihre antidemokratische Gesinnung, ^(brandmarkt) um im gleichen Atemzug
jede ^(och die) ~~parteiliche~~ ^{der eigenen Organisation von sich ausl.} Demokratie abzulehnen. Führerpersönlichkeit
und Führerwille ^{waren auch in} hätten das Gesicht der Zentrumsunion allein zu
~~den verbindlichen Prinzipien~~ bestimmen. Die Partei müsse deshalb dem Führer bedingungslos gehör-
chen, zufällige Mehrheitsentscheidungen könnten seine charismatische
Stellungnahmen niemals ersetzen. Jeder Ansatz zu einer demokrati- ^{Verratsperiode}
schen Strukturierung wird sofort als Verrat an der gemeinsamen Sache
verschrieen, der Parteiausschluss droht allen, die vom Führer ver-
langen, seine Anhänger zumindest um ihre Meinung zu fragen. In der
Zentrumsunion wiederholt sich damit das, was allen griechischen Part-
eien gemein ist: sie sind keine geschlossene politische Formationen,
~~auch die Auch sie ist nichts anderes als eine~~
sondern nur die Stätte einer vorläufigen Zusammenkunft einzelner Po-
litiker mit mehr oder weniger stabiler Anhängerschaft. Jeder von
ihnen besteht daher uneingeschränkt auf den eigenen Zielen, mit an-
deren Worten sich und seinen Anhängern möglichst viele Vorteile zu
verschaffen. Politik wird nach den ^{Regeln} Prinzipien unternehmerischer Be-
tätigung betrieben. Ein Kapital ist nur solange sicher angelegt, wie
es auch genügend Rendite abwirft. Beginnt der Ertrag bedenklich abzu-
nehmen, so verlässt man die Partei.

^{Es versteht sich von selbst, daß ich ohne solchen Vorau-}
Überlegungen dieser Art widersetzen sich von vornherein nicht nur
~~schweren haben ein Parteiprogramm, noch daß die Partei~~
einer strengen Parteidisziplin, sondern auch jedem ~~Partei~~ ^{Partei}programm.
~~disziplin zu entwickeln Vermögen.~~
Die Zentrumsunion ist deshalb letztlich gar nicht so verschieden von
der konservativen Partei. Die verbale Feindschaft/verdeckt nur die
simple Tatsache, dass in beiden Lagern Politiker agieren, die sich
nach denselben Grundsätzen betätigen und politische Herrschaft aus-
schliesslich als persönliche Macht begreifen. Die Politiker beider
Parteien sind deshalb, so verwunderlich dies auch klingen mag, weit-
gehend auswechselbar und die politische Geschichte Griechenlands hat
genügend gezeigt, dass sie davon auch ausgiebig Gebrauch gemacht ha-
ben. ^(und) Was daher durch die Wahl des Jahres 1963 ^(bewirkte) erfolgte, war zunächst
~~Kamm mehr~~
nur ein Personenwechsel.
^(als)

gegenüber
den Konservativen
nicht
nur
Verbal,
sie

So betrachtet, erscheint es rätselhaft, weshalb ein ~~Lebenswechsel~~ in den/
Unter diesen Umständen erscheint die politische Krise Griechen-
lands rätselhafter als je zuvor. Man könnte allenfalls an persönli-
che Rivalitäten ^{eine politische Krise solchen Ausmaßes heraufbeschwor} denken, nicht aber an gegensätzliche, ja sich gegen-
seitig ausschliessende politische Prinzipien. Dennoch wäre eine sol-
che Schlussfolgerung fehl am Platze. ^{diese Eskalation wird nur verständlich, wenn man sich klarmacht, daß} Griechenlands Wähler ^{nahm; sie votierten} entschieden
sich 1963 nicht so sehr für eine bestimmte Partei, ^{en} wie für ^{zu stimmen} den unaus-
weichlich gewordene ^{en} Notwendigkeit eines Wandels der politischen und
ökonomischen Verhältnisse. Die Zentrumsunion war für sie in Wirklich-
keit nur ein Symbol: sie verkörperte die Alternative zum unerträg-
lich gewordenen status quo. In der Wahl der Zentrumsunion offenbart
sich ^{galt als die demokratische} infolgedessen der unwiderrufliche Wille, ^{hofft zu einer besseren Ausforderung} endlich mit der Ver-
gangenheit zu brechen und Griechenland das Tor zum zwanzigsten Jahr-
hundert ^{aufzuschließen} zu öffnen. Deshalb kam es zunächst weder auf ein exaktes
Parteiprogramm an noch auf die Zusammensetzung der Zentrumsunion.
Im Gegenteil, ihre amorphe Struktur bot einen nicht zu unterschätzen-
den Vorteil: ^{auch innerhalb der reformenisch Gesonnenen} die politischen Gegensätze konnten eingeebnet und auf
unter der einstimmigen Förderung nach Wandel und Reform an einer wechselseitigen
den gemeinsamen Nenner des Wandels gebracht werden. Die Zentrumsunion
^{Neutralisierung der Machtverhältnisse} gehindert werden.
war deshalb in Wirklichkeit keine Partei, sondern eine Volksbewegung,
das Sinnbild einer von der überwältigenden Mehrheit der Wähler ge-
wünschten Veränderung.

Ein Blick auf die innenpolitische Situation am Vorabend der Wahlen
des Jahres 1963: ^{des Landes hatte auf vergleichsweise rascher} genügt, um das zu unterstreichen. Die fortschreiten-
de Befriedung hatte die Industrialisierung ^{geführt, die es erst jetzt} zum ersten Mal in einen
ernst zu nehmenden ökonomischen Faktor verwandelt. ^{zu gehen} Den Anreiz gaben
vor allem das ausländische Kapital, ^{guter ausgelöst Vermittelt} das nicht nur nach neuen Inves-
titionsmöglichkeiten suchte, sondern sich auch die billigen Arbeits-
kräfte Griechenlands sichern wollte. ^{Auf diese Weise entstand indessen} Die Industrialisierung stellte
gleichzeitig eine neue Betrachtungsweise: zum ersten Mal wurden
aber die traditionellen ökonomischen Herrschaftsverhältnisse in Fra-
ge. ^{geschloß} Griechenlands Arbeiterschaft entdeckte das kollektive Arbeits-
recht ebenso wie die ^{Möglichkeiten} Notwendigkeit einer umfassenden sozialen Si-
cherung. Die Forderungen der Arbeitnehmer wurden von Tag zu Tag dring

F 9 Gruppen

2
nach Jahr-
zehnten
Stagnation

^{verschärft noch durch}
licher, Das hängt nicht zuletzt mit einer Entwicklung zusammen, die
unter ganz anderen Vorzeichen eingeleitet worden war, der ^{ie} Auswande-
rung griechischer Arbeitskräfte in die westeuropäischen Länder. Die
konservativen Regierungen hatten darin einen willkommenen Ausweg
erblickt, ^{nicht nur um} um einmal die katastrophale Arbeitslosigkeit einzudämmen,
^{sondern um zugleich} und zum anderen den Devisenhaushalt zu verbessern. Die Hoffnung trog
nicht. Der Druck der Arbeitslosigkeit wuchs sichtbar. Zugleich wurden
die Überweisungen der im Ausland lebenden Griechen zur ^{der} wichtigsten
Devisenquelle ^(neben den Ausgaben der Touristen). Doch über das ^{em} ökonomi-
sche Kalkül hatte man die politischen Konsequenzen vergessen. Die
Auswanderer verließen ihre Heimat oft als Analphabeten, ^{die kaum} denen der
^{chaos von} technischen Fortschritt ebenso fremd war, ^{und/ oder} wie soziale Errungenschaf-
^{hoch entwickelter Länder vernommen hatten} ten jeder Art. Sie wurden ^{an ihrem Arbeitsplatz} ^{präsentierte sich ihnen} mit einer Gesellschaft
eine neue Gesellschaft, deren Merkmale ^{neuen} und Strukturen sie nach anfänglichen
konfrontiert, deren Züge ihnen zunächst unbegreiflich waren. Gerade
Erklärungen als bald verstehen und schätzen lernten. Mit einem Mal erschien
diese Züge kamen ihnen aber mit der Zeit ebenso selbstverständlich
ihnen Unterprivilegierung nicht mehr als ein natürlicher Schicksal. Viel
ver wie den Einheimischen. So war es nur konsequent, wenn sie danach
trachteten, ihr Heimatland den im Ausland gewonnenen Erfahrungen an-
^{ehemals} zupassen. Die ^{passiven} Analphabeten verwandelten sich ^{unter diesen Eindrücken} damit zunehmend
^{zu} in Sozialrevolutionäre. Die Beispiele von Griechen, die ^{sich} vor ihrer Aus-
wanderung das willige Objekt paramilitärischer Organisationen waren,
nach ihrer Rückkehr aber zu energischen Widersachern der konservati-
ven Partei wurden, ^{Sie zählen zu den Weichenstellern} mehrten sich. Die Weichen für den Wahlsieg der
Zentrumsunion waren damit gestellt, zugleich aber auch für ihre
Niederlage.

Der Wunsch, die politischen und ökonomischen Verhältnisse zu verän-
dern, traf die Zentrumsunion an ihrem empfindlichsten Punkt: dem
Fehlen präziser politischer Vorstellungen. Wollte sie das Vertrauen
der Wähler nicht enttäuschen, so ^(Sie) musste sie sich zu einschneidenden
gesellschaftspolitischen Entscheidungen durchringen. In der Tat be-
gann man, vor allem auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete,
Pläne auszuarbeiten, die tief in die herkömmlichen Strukturen ein-
griffen.

durch die
Zentrumsunion
nicht auf
ihren Wahl-
situationen
ist verhalten
ger.

griffen. Die ^{Anfangs} ersten Stappen einer weitreichenden Bildungsreform wurden verwirklicht. Zum ersten Mal trugen die Erziehungspläne der Schulen der Bedeutung der Naturwissenschaften Rechnung. Der Staub vermeintlich unverbrüchlicher nationaler Traditionen wich den Erkenntnissen ~~der~~ modern^yer pädagogisch^yer Forschung. Mit amerikanischer Hilfe ~~begann~~ man in Patras das ~~Modell~~ ^{Modell} einer Universität zu entwerfen, die endlich auch in Griechenland ein sozialwissenschaftliches Studium ermöglichen sollte. Auf wirtschaftlichem Gebiete bekannte man sich zu der Notwendigkeit einer langfristigen, die Industrialisierung begünstigenden Planung. Die Assoziierung Griechenlands an die EWG bot den nötigen Rückhalt, ^{seine Bildung seine Entwicklungslücke lang} für die Behebung des Entwicklungsrückstandes, allmählich auszugleichen.

^{Alle diese Reform}
(Bestrebungen dieser Art mussten aber - gerade weil sie sich in die überkommenen Strukturen nicht einfügten - früher oder später zu Spannungen führen. Zu Konflikten kam es zunächst in der Zentrumsunion selbst. Der ^{sich zusehmend verschärfende} immer deutlicher werdende Gegensatz zwischen dem Parteiführer Papandreu und seinem Sohn Andreas ^{gab} war ein unübersehbares Zeichen dafür. Andreas Papandreu *, Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Berkeley *, war noch vor den Wahlen des Jahres 1963 auf Einladung der konservativen Regierung nach Griechenland zurückgekehrt. Er sollte sich mit Fragen der Entwicklungsplanung befassen. Später gab er seinen Lehrstuhl auf, um sich ganz der politischen Tätigkeit in der Partei seines Vaters zu widmen. Sein Interesse galt verständlicherweise nach wie vor in erster Linie sozialpolitischen Fragen. Bereits vor ~~seinen~~ politischen Debut hatte er in dem ihm zur Verfügung gestellten Institut eine Gruppe jüngerer, ebenfalls im Ausland ausgebildeter Wissenschaftler versammelt. Ihnen war die Aufgabe übertragen, durch eingehende Untersuchungen die Voraussetzungen für einen Wirtschaftsplan zu schaffen. Nicht zuletzt von dieser Gruppe gingen die Impulse für die längst fälligen Reformen aus. Solche Gedanken forderten aber den energischen Widerstand

jenes Teiles der Partei heraus, der keinerlei Interesse daran hatte,
^{aufrecht erhalten wollte.}
den status quo auch nur in Geringsten zu verändern. Die Gegensätze
^{Möglichkeit einer} wurden immer schärfer. ^{der Partei} Die ^{gegenüber} der Parteispaltung konkreter.
^{durch sich an.} In dieser Situation
(Vermittlungsversuche schlugen fehl. Nunmehr machten sich aber die
^{hier die} Konsequenzen der ^{Keine innerparteiliche} antidemokratischen Parteistruktur geltend. Statt
^{diskussion und die} die Entscheidung der ^{zu} Parteimitglieder zu übertragen, sah man den
^{Einzig die} einzig praktikablen Ausweg in den ^{einmal mehr} persönlichen Stellungnahmen des
^{galten als verbindlich} Parteiführers. Die politische List feierte ^{Triumpherfolg} Triumphe, die Zahl der
Enttäuschten mehrte sich aber mit jedem Tag. Parteimitglieder aller
Richtungen sahen sich in ihren Erwartungen betrogen. Die einen er-
schreckte schon der blosse Gedanke an soziale Reformen, die anderen
fanden in der Zentrumsunion jene Herrschaftsmodelle wieder, denen
sie die Schuld am Zustand Griechenlands zuschrieben. ^{Nur} So lässt sich
etwa die seltsame Waffenbrüderschaft zwischen den beiden späteren
Ministerpräsidenten Stefanopoulos und Tsirimokos erklären. Stefano-
poulos verkörpert den Typ des altgedienten Politikers. Er verliess
die konservative Partei - freilich ohne auch seine Anschauungen zu
ändern -, als ihn die Intervention des ^{dav} Königshauses um die Nachfolge
des Marschalls Papagos brachte. Tsirimokos hingegen ist ^{für} ~~er~~ seiner
verzweifelten Versuche bekannt, eine sozialdemokratische Partei zu
gründen. In der Zentrumsunion hoffte er, seine bislang gescheiterten
Pläne endlich ^{zu} verwirklichen zu können. Beide waren Opfer der Intrigen
des Parteiführers, beide sahen sich in eine gemeinsame Opposition
gedrängt.

^{Der} Die ^{Ausbruch der} offene ^{war} Krise konnte unter diesen Umständen nur ^{noch} eine Frage der
Zeit sein, ~~der Anlass war bald gefunden.~~ So wie in der Partei selbst
stiess die Regierungspolitik auch ausserhalb auf erbitterten Wider-
stand, vor allem in der Armee. Ihr Exponent sass im Kabinett: Ver-
teidigungsminister Garoufalias, einer der Ältesten Weggefährten Pa-
pandreous. ^{demonstrativ} Er widersetzte sich offen und mit Erfolg jedem Versuch
der Regierung, Einfluss auf die Armee zu nehmen. Als sich der ^{Papandreou} Minister-

präsident schliesslich gezwungen sah, den Minister ^{zum Rücktritt} aufzufordern, seinen Rücktritt einzureichen, lehnte dieser schlicht ab. Nationale Interessen forderten, so erklärte er der erstaunten Öffentlichkeit, sein Verbleiben im Kabinett. Die Positionen waren damit bezogen, dem Ministerpräsidenten und letztlich der gesamten Zentrumsunion haftete das Etikett ~~der~~ antinationalen ^{gesamter} Gesinnung an. ^{ihre} ~~Ihren~~ Gegnern ^{nähmen sie nun an für sich in Anspruch} wurde die Aufgabe zuteil, die Nation vor dem Untergang zu retten. ^{Um sich selbst zu behaupten, blieb} Papandreou blieb aber nichts anderes übrig, als vom König die Entlassung des widerspenstigen Ministers zu verlangen. Doch der König entliess statt dessen am 15. Juli 1965 das ^{gesamte} Kabinett. ^{Indem er eine politische Entscheidung verweigert, die die Verfassung ihm ausdrücklich} Der Verfassungsbruch konnte nicht deutlicher ausfallen. Der König ^{verwehrt, nach der Verfassung} zog ihm von der Verfassung ausdrücklich ~~voereenthaltene~~ politische Entscheidungen an sich. Was nunmehr folgte, war ein degoutierender und letztlich überflüssiger Prolog der Diktatur. Der Hof scheute kein Mittel, um die Zentrumsunion zu spalten, ^{und sie damit politisch} ~~und sie damit politisch~~ ^{man zu setzen} zu annihilieren. Doch keinem der Politiker, die sich schliesslich - gleichviel ob aus politischem Ehrgeiz oder persönlichem Ressentiment gegen Papandreou - bereit fanden, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen, gelang es, dieses Ziel zu erreichen. Im Gegenteil, niemand zweifelte schliesslich, dass der ständige Regierungswechsel, die unfruchtbaren Versuche die Zentrumsunion aufzulösen, ihrer Popularität eher nützten als schadeten. Noch immer galt sie als der einzige Garant des Wandels, noch immer erblickten die Volksmassen in ihr ^{die Verheissung} die ~~Gewähr~~ einer sozialen Veränderung. ~~Der Widerstand des Königs und der Armee waren nur willkommene Beweise dafür.~~ ^{Die Unversuchungsversuche des Königs, dennoch nicht ohne} Der königlichen Aktivität ^{blieb} freilich ein sichtbarer Erfolg beschieden: das parlamentarische Regime wurde in den zwei Jahren, die zwischen dem erzwungenen Rücktritt des Kabinetts Papandreou und dem Putsch vom April 1967 liegen, vollends diskreditiert. Die regierenden Politiker, ihrer kommenden Wahlniederlage sicher, zogen es zu- meist vor, die Macht skrupellos auszukosten. An den Fakten, die die ^{Skandalösen}

jetzigen Herren Griechenlands publizierten, ist kaum zu zweifeln. Sie zeugen von einem kaum zu übertreffenden Tiefstand der politischen Moral. Rücksichtslos wurden persönliche Interessen verfolgt und die den Abgeordneten zustehenden Privilegien ausgeschlachtet. Begünstigungen jeglicher Art an ^{Man gewährte} potentielle Wähler ^{Begünstigungen jeder Art, =} galten als die letzte Hoffnung, ^{den} die gefährdete politische Karriere zu retten.

Fraßen nur die Hoffnung nicht,
Am Wahltermin konnte das freilich nichts ändern. Unter den verschiedensten Vorwänden immer wieder hinausgeschoben, ^{wurde Wahltermin} war er ^{zuletzt} für den 28. Mai festgesetzt worden. Doch ^{mußte galt} diese Wahl sollte es ^{keine Umkehr allen Umständen / verhindert werden} niemals kommen. Für die Armee war das Risiko einer neuen Regierung der ⁴entrumsunion zu gross. Sie handelte solange es noch Zeit war. In der Nacht zum 21. April setzte sie dem von ihr so verachteten und geschmähten Regime der Politiker ein Ende, ^{die Militärs inthronisierten sich selbst.} Griechenlands Militärs brauchen so nicht mehr hinter den Kulissen zu intervenieren, ^{Der Höhepunkt einer fast zwangsläufigen Entwicklung war erreicht.} die Macht gehört nur noch ihnen.

^{Verwunderlich ist allenfalls eines} ^{Verwundern konnte allenfalls, daß} ~~Verwunderlich ist allenfalls eines~~ (Nicht die politisch aktiven Generäle waren die Urheber des Putsches, sondern Offiziere, die bislang im Schatten gestanden hatten. Der ^{griechischen} Öffentlichkeit waren sie dennoch nicht unbekannt. Die meisten von ihnen hatten kaum eine Gelegenheit versäumt, den ultramontanen Geist der Armee unter Beweis zu stellen. Sie gehörten, wie etwa Informationsminister Papadopoulos, zu denjenigen, die überall Sabotageakte witterten, den Verrat an nationalen Traditionen öffentlich anprangerten und sich in Geheimbünden national gesinnter Offiziere für den Tag der Abrechnung vorbereiteten. Wenn sie sich aber in einem unbestreitbaren Akt der Insobordination gezwungen sahen, selbst aktiv zu werden und damit der Generalität die Initiative zu entreissen, so nicht zuletzt weil sich diese in einer äusserst prekären ^(unmittelbar vor den Wahlen) Lage befand. Es galt ^{sich} eine Regierung zu stürzen, die ^{Umsturz nicht} nicht mehr aus Politikern der Zentrumsunion zusammengesetzt war. Der Putsch ^{denen eindeutig} musste sich vielmehr gegen ein rein konservatives Kabinett richten, ^{das der König, als} die letzte Zuflucht des Königs nach sei-

*haben einen
mit Jahren
gefördert;*
nen gescheiterten Spaltungsversuchen, Hof ~~und~~ Generalität ~~waren~~
~~aber mit den~~ *bestanden seit Jahren* führenden Männern dieses Kabinetts ~~schon jahrelang~~
~~hiert. Gerade dessen~~ *der* Ministerpräsident hatte freilich immer wie-
der versichert, Gerüchte über einen Putsch seinen böswillige kommu-
nistische Erfindungen. So galt es gegen die Verbündeten von gestern
~~vorzugehen. Was allerdings der~~ *wo die* Generalität *zögerte, konnte* schwer fiel, war für die
die ihr untergebenen Offiziere *umgekehrt handelt* ein Leichtes. Für den als »Weichling«
verachteten verschrienen Ministerpräsidenten Kanellopoulos hatten sie ~~schon~~
nicht viel übrig und ihre Verstrickungen mit Politikern gleichviel
welcher Partei waren gering.

Soll dem 21. April
Sie *die (in diesem)* regieren allerdings nicht allein. Ihre Herrschaft mussten sie
vielmehr vom ersten Augenblick an mit einer Gruppe, die vorwiegend
aus hohen Richtern besteht, teilen. Die Allianz zwischen Militär
und Justiz ist das Resultat eines unfreiwilligen Kompromisses. In
den Morgenstunden des 21. April stand zwar fest, dass es gelungen
war, die Regierung zu stürzen, doch weder die Beamten noch die Gene-
ralität schienen zu einer bedingungslosen Zusammenarbeit bereit.
Diesen Augenblick der Ungewissheit machte sich der König zunutze.
Statt den Putsch zusammenbrechen zu lassen, was durchaus möglich
gewesen wäre, forderte er die *an sich* Beteiligung seiner Vertrauten *auf, sich*
zu betätigen Regierung. ~~Stunden~~ brauchte man, um sich zu einigen, dann stand
die Kabinettsliste fest, an ihrer Spitze der frühere Generalstaats-
anwalt Kollias. An seiner 'Zuverlässigkeit' ist nicht zu deuteln. Seine
Kontroversen mit der Regierung Papandreou hatten die Justiz des Lan-
des erschüttert. Als Generalstaatsanwalt hätte er klar gezeigt, auf
wessen Seite die Justiz seiner Ansicht nach ~~zu~~ stehen *muss*. Ihre Auf-
gabe ist in seinen Augen ebenso präzise ~~umschrieben~~ wie die der Armee:
beide haben für die Aufrechterhaltung der überkommenen Ordnung zu
sorgen. Die Allianz mit dem Militär *erscheint* ist *betrachtet* von dieser Warte aus ~~nur~~ legi-
tim: Justiz und Militär *sind* ~~erscheinen als~~ die letzten noch intakten
Säulen nationaler Tradition.

III.

Seit rund neun Monaten
~~Se~~ regieren sie nun. ~~die Retter der Nation~~ - seit über zwei Monaten.

Mit spektakulären Erklärungen hielten sie nicht zurück. Wie Herkules ~~den~~ Vergleich wählten sie selbst ~~wollen~~ sie den Stall des Augias im Handumdrehen säubern. ~~Kaum eine der vielen Plagen Griechenlands, die sich ihrer Ansicht nach, nicht binnen kürzester Frist beseitigen lässt.~~ *Kein Herr, in ihren Augen gilt es keine Herrschaft der Rückständigkeit, der Korruption,* Staunend vernahm die Nation, dass die Macht der Bürokraten ^{sei} gebrochen ist. Jeder - so hiess es - solle das Recht haben, seine Wünsche dem zuständigen Minister vorzutragen. Die Ernüchterung liess nicht lange auf sich warten. Sehr bald verkündete die Regierung, Minister seien nur in besonders dringenden Fällen zu sprechen. Ihre Zeit gehöre der Nation und dürfe nicht missbraucht werden.

denkmal
Auch soziale Privilegien sollte ⁿ ~~es nicht mehr geben.~~ *abgebaut werden* Den Journalisten verbot man deshalb, wie alljährlich eine Lotterie zu veranstalten, die ~~beschränkte Ausgabe~~ ^{Beschränkung bei der Vergabe} von Konzessionen an Taxibesitzer und Bäcker wurde ~~abgeschafft,~~ ^{aufgehoben} eine Anwaltspraxis kann nunmehr jeder ^{auch} eröffnen. Doch ~~den Hintergrund~~ ^{die Gründe} der vermeintlichen Privilegien verschwiegen man sorgfältig. Für Journalisten etwa gab es in Griechenland bisher keinerlei soziale Sicherung. Die dafür notwendigen Mittel wurden aus den Einnahmen ~~der~~ ^{jener alljährlichen} Lotterie bereitgestellt. Sie ~~fallen nunmehr weg,~~ ein Ersatz ist aber nicht vorgesehen. Ein in der Tat recht einfaches Mittel, um die Presse noch besser unter Kontrolle zu halten. Denn, wie die Regierung immer wieder zu betonen pflegt, an der Pressefreiheit in Griechenland könne niemand zweifeln, doch wer sie dazu benutze, um die nationale Ehre zu beschmutzen, sei ihrer unwürdig.

heißt rather das Geist der Stunde.
Sauberkeit und Ordnung wurden von Anfang an unablässig gefordert.

Der Übergang ist ziemlich gezwungen - sauerkul-Bart-Tourismus !!
Es begann bei den Bärten der Touristen und setzte sich bei dem ~~obligatorischen Kirchenbesuch der Schulkinder fort.~~ *Die zunächst verteilten Bärte der Touristen durften inzwischen werden.* Doch die Bärte ~~wachsen weiter.~~ *Springen* ~~der Touristenstrom, verstört über die Meldungen~~ *dennoch droht* ~~Ström der Touristen~~

Dieser Absatz ist sehr schlecht!

~~aus dem einst so friedlichen Land, droht zu erlahmen. Damit würden~~
~~aber die dringend benötigten Devisen ausbleiben. So freut man sich ü-~~
~~ber jeden der kommt. Um der Sauberkeit willen beseitigte man auch~~
~~sämtliche Ansätze zu einer Bildungsreform. Die Schulbücher wurden~~
~~eingezogen, die pädagogischen Akademien >gesäubert<, der Bildungsrat~~
~~musste zurücktreten, und an die Einrichtung so befreundlicher Studien-~~
~~richtungen wie der Sozialwissenschaften denkt niemand mehr.~~

Der Wirtschaft des Landes wurde ein noch nie geahnter Aufschwung
 vorausgesagt. In der Tat beeilte man sich, so viel Verträge wie mög-
 lich mit ausländischen Kapitalgebern abzuschliessen. Doch die Bedin-
 gungen blieben geheim. Oft waren es dieselben Gesellschaften, mit
 denen die früheren Regierungen ~~+~~, ~~gestützt~~ aus jahrzehntelangen bit-
 teren Erfahrungen ~~+~~ ^{lang geworden} ~~verhandelt hatten. Das war mit einem Mal~~
~~vergessen, nur noch die Tatsache, dass sich~~ ^{überhaupt} ~~jemand bereit fand, in~~
~~Griechenland zu investieren, zählte. Bezeichnenderweise wählte man~~
~~dafür Regionen des Landes, die bislang, weil sie wie Kreta als Hoch-~~
~~burgen der Zentrumsunion galten, stiefmütterlich behandelt worden~~
~~waren. Das ausländische Kapital sollte zugleich dazu dienen, Poten-~~
~~tielle Regeimegegner~~ ^{sollten durch solche Aktivitäten zum Schweigen} ~~beruhigen. Inzwischen versucht man, mit Hilfe~~
~~einer überstürzten Gesetzgebung ausländisches Kapital um jeden Preis~~
~~anzulocken. Freilich keineswegs im Rahmen eines~~ ^{Ein/} ~~sorgfältig durch-~~
~~dachten Investitionsplanes. Die langfristigen Auswirkungen auf die~~
~~Wirtschaft des Landes bleiben so im Dunklen. Die Geschichte der~~
~~Entwicklungsländer hat nur zu deutlich gezeigt, zu welchen Konsequ-~~
~~enzen eine derart hektische und planlose Investitionspolitik führt.~~
~~hatten.)~~ ^{haben und münden} ~~Doch für Griechenlands Herrscher zählen geschichtliche Erfahrungen~~
~~ebensowenig wie sie etwas daran finden, ihren Putsch als nationale~~
~~Erhebung zu bezeichnen, griechisches Blut und griechischen Boden an-~~
~~zupreisen und um der Ordnung willen ein Gesetz zur Wiederherstellung~~
~~des Berufsbeamtentums zu erlassen. Zweifel und Widerspruch brauchen~~
~~sie nicht zu fürchten. Die Maschinerie des Terrors - Ausnahmezustand,~~

Um der
 Ordnung willen
 hat man
 die ein-
 seitige
 Willkür
 der
 Herrschaft
 der
 Beamten
 nicht
 erlassen

Militärgerichte, Konzentrationslager, ^{Folter} und soziale Deklassierung -
läuft mit militärischer Präzision.

^{Das}
~~Sinnlos wäre es auch, die Frage nach dem Ende der Diktatur stellen~~
~~ist nicht abzusehen)~~
~~zu wollen.~~ Die regelmässig wiederholten Bekräftigungen der läblichen
Absicht, das parlamentarische Regime möglichst bald mit einer neuen
Verfassung wieder ins Leben zu rufen, überzeugen niemanden. Denn die
Regierung pflegt ebenso beharrlich zu versichern, dass es sich selbst-
verständlich nur um ein parlamentarisches Regime neuen Typs handeln
könne. Eine Zulassung national verdächtiger Parteien käme deshalb
ebensowenig in Betracht wie die Wahl von Personen, die sich schon
vor dem Putsch politisch betätigt und damit ihre Unfähigkeit bewie-
sen hätten. Zudem gelte es zuvor noch eine kaum zu übersehende An-
zahl von Aufgaben zu bewältigen. In der Tat, auch die Gleichschal-
tung braucht ihre Zeit. Der Gleichschritt will geübt werden.

So wird es bei den Lobpreisungen der nationalen "evolution, den
martialischen Erklärungen und servilen Ergebenheitsadressen bleiben.
Griechenlands uniformierte Presse wird Tag für Tag die Invektiven
gegen die Feinde der Nation und den Parlamentarismus wiederholen,
um eine neue Weltanschauung zu ^{indoktrinieren} fördern. ^{Die glatte Schlichtheit der}
~~Schlagworte, die Argument und Diskussion~~ ^{langt verdrängt} ^{läßt einen mitunter vergessen,}
~~nicht vergessen, der Wortschwall der Armeepropaganda~~ ^{daß sich} ^{selten} ^{nicht} richtet sich
~~gegen ein von der Armee jahrelang geduldetes und ge-~~
~~fördertes Regime,~~ ^{daß sich} ^{nicht} das sich vor allem deshalb nicht zu einer echten
Demokratie ^{raffte} entwickeln konnte, weil sich zumindest eine Gruppe - die
Armee - als Staat im Staate konstituierte und auch nur den leisesten
^{Versuche}
Ansatz einer Demokratisierung zu unterbinden trachtete.

^{zu einfach}
Dennoch wäre es verfehlt, dem Militär allein die Verantwortung für
die gegenwärtige Situation zuzuschreiben. Kaum jemand, der sich heute
über Griechenlands Zustand, gleichviel in welchem Sinne, ereifert,
kann sich von dieser Verantwortung freizeichnen. Der König hat, ^{nicht}
~~indem er die Verfassung brach, dem~~
~~dem Verfassungsbruch den entscheidenden Anstoss gegeben und sich~~
^{tratz scheinbar distanzierender Taktiken,}
durch sein späteres Verhalten, voll und ganz ^{mit dem heutigen Regime}

Tha
Argument
leuchtet nicht
ein! Die
Armee will
doch nie
eine Demos-
krazierung!!
Das ist doch
ein indoktrin
verworfenes
Regime! Die
Konsequenzen
weisse
Putsch dem
früher
machte
zu üben!

identifiziert. Die letzte und vielleicht auch grösste Chance der Monarchie in Griechenland ist damit ^{wohl} verspielt; Sie wird ^{vermutlich} das Schicksal der Diktatur teilen. Die Schuld der ^{Parteien} ~~Penetration der Diktatur~~ ist nicht weniger offenkundig, der Konservativen, weil sie durch ihre ^{eine} wirklichkeitsfremde, ^{starr} ~~von~~ der Vergangenheit ^{orientierte} ~~ausgerichtete~~ Politik die ^{Voraussetzung(en)} Ursachen für die gegenwärtige Lage ^{griechischen} gesetzt haben, der Zentrumsunion, weil sie durch ihre ^{personalpolitischen} kurzsichtigen, vom ^{tak-} tischen Kalkül beherrschte ^{diktatorische} ~~Legierungs-~~politik ^{zur Liquidation der} Demokratie ebenso ^{beigetragen} untergraben hat, wie ihre ärgsten Gegner.

^{Es jedoch vorzeitig und tryumen}
Doch wäre ~~es falsch~~, daraus folgern zu wollen, es bliebe nichts anderes übrig, als die Griechen ihrem ^{traurigen} Schicksal zu überlassen. Noch ^{Trotz der Radikalität brutalen Radikalität der} so radikale ^{die Vertreter der} innenpolitischen Massnahmen haben ~~das~~ Regime nicht daran ^{wie ilfektige Lehrsätze immer wieder betont,} gehindert, seine ~~Bereitschaft~~ zu betonen, allen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Verständlich, denn Nichts fürchten Griechenlands Herren mehr als die Reaktionen des Auslands. Eine internationale Isolierung würde - vor allem wegen ihrer wirtschaftlichen Konsequenzen - das Schicksal der Diktatur binnen ^{kurzem} ~~weniger~~ Stunden besiegeln. Die Armee ist ohne den aus dem Ausland bezogenen Treibstoff ^{Waffen, die} und die ^{regelmäßig nachliefern,} Griechenlands Bündnispartner ^{nicht} zu verdankenden Waffen, funktionsunfähig. Solange es freilich bei verbildeten Verbalen Protesten ^{vor dem Ausland} ~~zu bewirken~~ ^{freilich wenig}. Noch immer hegen die Diktatoren ^{bleibt}, wächst die Hoffnung der Diktatoren, nach einer unvermeidlichen ^{auf der Weltbühne als Verhandlungspartner voll anerkannt zu} Anstandsstift ^{doch} ~~unbeschränkt~~ hoffnung zu werden. Passivität würde aber vor allem jenen internationalen Organisationen, auf die sich Griechenlands Herrscher so oft und so gerne berufen, schlecht anstehen. ^{was wann?} Welchen Wert soll etwa die europäische Menschenrechtskonvention noch haben, wenn die tagtäglichen ^{gründet und zu Gegenmassnahmen} flagranten Verletzungen der Menschenrechte in Griechenland nicht ^{würden} ~~sonst~~ ^{Sind die?} ~~sonst~~ ^{langen glaubwürdigen} des Europarates führen? Welche Bedeutung soll man den Freiheitsbekennnissen der EWG oder gar der NATO ^{beimessen}, wenn gerade die von ihnen gewährte wirtschaftliche und militärische Hilfe den Diktatoren gestattet, sich an der Macht zu halten? Die Chance der Diktatur, liegt ^{Sich auf Dauer zu etablieren,}

F, nicht
reguliert
die
akribisch

2 nicht
unverbräulichen
Lippen

der anderen, von allem der weltlichen Nationen.
in der Gleichgültigkeit ~~ihrer Umwelt, auch sie trifft deshalb die~~
~~Verantwortung für jeden einzelnen Akt des Terrors. Griechenland geht~~
~~nicht nur die Griechen an.~~